

---

**1703/AB XXIII. GP**

---

**Eingelangt am 20.12.2007**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

BM für Gesundheit, Familie und Jugend

## **Anfragebeantwortung**



Frau  
Präsidentin des Nationalrates  
Mag<sup>a</sup>. Barbara Prammer  
Parlament  
1017 Wien

GZ: BMGFJ-11001/0179-I/A/3/2007

Wien, am 18. Dezember 2007

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische  
**Anfrage Nr. 1908/J der Abgeordneten Ing. Mag. Kuzdas und  
GenossInnen** wie folgt:

### **Fragen 1 und 2:**

Angelegenheiten des Feuerwehrwesens fallen in die Zuständigkeit der Länder.  
Dementsprechend obliegt es auch den Ländern, Regelungen zur Feststellung der  
Eignung für den Feuerwehrdienst, die allenfalls auch ärztliche  
Untersuchungen umfassen, und deren Kostentragung zu erlassen.

Eine Übernahme der Kosten für Eignungsuntersuchungen für Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren aus Mitteln der gesetzlichen Sozialversicherung käme daher einer Übernahme sozialversicherungsfremder Aufgaben gleich. Eine Übertragung derartiger Leistungspflichten an die Träger der Sozialversicherung wäre zudem kompetenzrechtlich bedenklich.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Andrea Kdolsky  
Bundesministerin